

Krankenkassen in der Krise: Beiträge drohen auf 20 Prozent zu steigen!

Jens Baas warnt vor steigenden Krankenkassenbeiträgen auf 20% und kritisiert fehlende Reformen im Gesundheitssystem.

Deutschland -

Jens Baas, der Chef der Techniker Krankenkasse (TK), warnt vor einem dramatischen Anstieg der Krankenkassenbeiträge, der ohne politisches Eingreifen bis auf 20 Prozent steigen könnte. In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ äußerte Baas seine Befürchtungen und kritisierte die fehlende Bereitschaft der Politik, die notwendigen Umverteilungen und Reformen im Gesundheitssystem vorzunehmen. Zu Jahresbeginn haben die meisten der 94 gesetzlichen Krankenkassen bereits den Zusatzbeitrag auf durchschnittlich 2,91 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens erhöht. Dieser Zusatzbeitrag kommt zum allgemeinen Satz von 14,6 Prozent des Bruttolohns dazu, was einen durchschnittlichen Krankenkassenbeitrag von rund 17,5 Prozent ergibt. Der GKV-Spitzenverband rechnet damit, dass die Beiträge zur Krankenversicherung auch im kommenden Jahr weiter steigen werden.

In einem Podcast äußerte Baas ebenfalls scharfe Kritik an der Gesundheitspolitik und wies darauf hin, dass die Rücklagen der TK, die zuvor mehrere Milliarden Euro betrugen, aufgebraucht sind. Ein Anstieg der Beiträge sei im kommenden Jahr unausweichlich, da keine Rücklagen mehr vorhanden seien. Baas macht auch den ehemaligen Bundesgesundheitsminister

Jens Spahn (CDU) verantwortlich. Dieser habe ein Gesetz erlassen, das den Abbau der Rücklagen der Krankenkassen vorschreibt, was Baas als „Beschiss“ bezeichnete, da dies den Kassen über Jahre hinweg erlaubte, stabilere Beiträge auszuweisen. Im Falle einer neuen Krise, wie beispielsweise der Corona-Pandemie, warnte Baas, wären die Kassen nicht mehr in der Lage, Krankenhäuser frühzeitig zu bezahlen. Auch Andreas Storm, der Chef der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK), bestätigte die schwierige Lage und forderte Reformen, um den Ausgabenanstieg zu stoppen.

Finanzielle Herausforderungen für die gesetzlichen Krankenkassen

Die finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenkassen wird durch eine Vielzahl von Faktoren belastet. In den ersten neun Monaten des Jahres 2024 wiesen die 95 gesetzlichen Krankenkassen ein Defizit von 3,7 Milliarden Euro aus. Die Finanzreserven der Kassen beliefen sich in diesem Zeitraum auf etwa 4,7 Milliarden Euro, was unter der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestreserve liegt. Angesichts dieser Situation fordern die Krankenkassen, dass der Staat die Kassenbeiträge für Sozialhilfeempfänger vollständig übernimmt, da er nur zu einem Drittel beiträgt. Ab dem 1. Januar 2025 wird mit einer Anhebung der Zusatzbeiträge gerechnet, die als Richtwert bei 2,5 Prozent liegt. Dies könnte für Versicherte bei einem Bruttogehalt von 3.000 Euro eine monatliche Belastung von 75 Euro bedeuten, was sowohl für die Versicherten als auch für die Unternehmen eine erhebliche Herausforderung darstellt.

- Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Vorfall	Gesundheitskrise
Ort	Deutschland
Quellen	• www.welt.de • www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at